

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheinungsdauer: nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21206 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Ein-
gefangt 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellen-
gesuche. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptgeschäftsführer Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 133

Dresden, Mittwoch, 11. Juni

1924

Der Sturz Millerands.

329 gegen 214 Stimmen.

Paris, 10. Juni.

Die entscheidende Kammer Sitzung.

Paris, 10. Juni.
Heute nachmittags um 3 Uhr setzte sich die Regierung Marjal der Kammer mit einer kurzen Erklärung vor. Sie betonte einleitend, daß das Kabinett nur konstituiert sei zu dem Zweck, dem Parlament die Möglichkeit zu geben, zu der Debatte konstitutioneller Natur Stellung zu nehmen, die seit einigen Tagen im Parlament geführt werde. Das neue Ministerium habe unter diesen Umständen auf die Aufstellung eines eigenen Regierungsprogramms verzichtet. Seine Mission habe ein bestimmtes und engbegrenztes Ziel. Entweder das Parlament spreche sich dahin aus, daß die konstitutionellen Regeln unantastbar und dem Streit der Parteien entrückt sein müssen. In diesem Falle bestünde das Schicksal der Regierung darin, die Verantwortung für die künftigen Geschicke Frankreichs, die ihnen bereits anvertraut worden sei, aus den Händen des Präsidenten der Republik entgegenzunehmen. Im anderen Falle, d. h. wenn das Parlament die in der Verfassung des Präsidenten formulierten Prinzipien nicht billige, werde das neue Ministerium dem Präsidenten von dem Scheitern seiner Mission Mitteilung machen, und dieser werde daraus die Konsequenzen ziehen.

Zu der Verfassung des Gesetzes, die dann zur Beratung gelangte, erinnerte Millerand daran, daß er mit 685 Stimmen zum Präsidenten gewählt worden sei und bereits damals erklärt habe, daß er nur in das Elisee gehe, um eine nationale Politik des sozialen Fortschritts, der Ordnung, der Arbeit und der Einheit zu verfolgen. Diese Politik wird anschließend im einzelnen dargelegt und dann behauptet Millerand, die Prinzipien, die er sich damals zum Ziel gesetzt habe, getreulich innegehalten zu haben, obwohl das Land am 11. Mai seinen Zweifel darüber gelassen habe, daß es darüber wesentlich anderer Auffassung ist, als er selbst. Die Verfassung sei schließlich darauf hin, daß der Präsident vom Parlament nur bei Hochverrat zur Verantwortung gezogen werden könne und die Verfassung die Amtsdauer des Präsidenten auf sieben Jahre festgelegt habe, um sie den wechselnden Strömungen der Tagespolitik zu entziehen. Sie gibt der Erwartung Ausdruck, daß das Parlament die Verfassung respektieren werde. Wenn das nicht der Fall sein sollte, heißt es weiter, wenn die Entscheidung dahin fallen sollte, daß der Reichspräsident eine Mehrheit künftig genießen solle, den Präsidenten zu zwingen, aus politischen Gründen abzutreten, so würde damit der Präsident zum Spielball in der Hand der Parteien werden. Die Verfassung der Mehrheit nennt die Verfassung revolutionär.

„Geschäftliche Angelegenheiten bemühen sich im Parteinteresse dahin zu wirken, daß die neue Legislaturperiode mit einem revolutionären Akt beginne. Die Kammer wird es ablehnen, ihnen zu folgen. Der Senat aber, getreu seiner Tradition, wird, wie er es stets in schwierigen Situationen gewesen ist, auch diesmal wieder der sichere Hort der Verfassung bleiben.“

Eine konstitutionelle Frage von der Tragweite, wie sie durch die gegenwärtige Krise aufgeworfen sei, heißt es weiter, kann nicht durch Beschlässe einzelner oder politischer Gruppen geregelt werden. Deshalb, so schließt die Rede ab, wendet sich der Präsident an die neue Kammer, zu deren Klugheit, Vaterlandsliebe und republikanischer Gesinnung er volles Vertrauen habe. Er habe seine Pflicht getan, namentlich sei es Sache des Parlamentes, auch seinerseits die Verantwortung zu übernehmen.

Nachdem Marjal die Verfassung des Gesetzes vorlesen hatte, wurde von dem Rat der Linken folgender gemeinsamer Antrag eingebracht:

Die Kammer, entschlossen, in

Das Bureau des Präsidenten der Republik veröffentlicht folgende Note: Der Ministerpräsident hat sich mit den Ministern zum Elisee begeben, um dem Präsidenten Mitteilung von den Vorgängen im Parlament zu machen. Millerand dankte Marjal und seinen Kollegen lebhaft für die Unterstützung, die sie ihm bei der Verteidigung der Verfassung gewährt hätten. Da die Minister ihre Demission anboten, antwortete Millerand, daß er angesichts der Zeitungsbereiche aus Kammer und Senat, die ihm der Ministerpräsident erstatet habe, zurücktreten beschlossen habe. Er erjuge dementsprechend das Kabinett, im Amte zu bleiben. Der Ministerrat wird morgen vormittags zusammentreten. Die Demission des Präsidenten der Republik wird Kammer und Senat in der morgigen Nachmittagssitzung bekanntgegeben werden.

Ministerium zu treten, dessen Zusammensetzung eine Negation der Rechte des Parlamentes ist, lehnt die verfassungswidrige Debatte, die man ihr aufzwingen will, ab und beschließt, jede Diskussion zu vertagen bis zum Zeitpunkt, da sich ihr ein in Übereinstimmung mit dem souveränen Willen des Landes konstituierendes Ministerium präsentiert wird.“

Die Erklärung der Regierung wurde von der Mehrheit der Linken mit Beifall, von der Mehrheit der Rechten mit Schweigen aufgenommen. Präsident Poincaré verlas hierauf die vorliegenden Interpellationen sowie die Resolution des Rat der Linken.

Der Ministerpräsident Marjal stellte am Schluß seiner Rede die Vertrauensfrage. Der Verfassungsantrag Herzot wurde schließlich mit 329 gegen 214 Stimmen angenommen. Nach der Abstimmung beschloß die Mehrheit den Wortlaut der heute angenommenen Tagesordnung und das Ergebnis der Abstimmung, d. h. die Kammerentscheidung der Abgeordneten, die für oder gegen die Tagesordnung gestimmt hatten, im ganzen Lande zu verbreiten. Die Kammer beendete die Sitzung um 7 Uhr abends und vertagte sich auf Mittwoch nachmittags 3 Uhr, um eine Erklärung der Regierung entgegenzunehmen.

Die Haltung des Senats.

Paris, 10. Juni.
Der Senat hat nach der Verlesung der Verfassung des Gesetzes mit 154 gegen 144 Stimmen die Verlesung der von dem ehemaligen Landwirtschaftsminister Cheiron eingebrachten Interpellation beschlossen. Dieser Beschluß bedeutet, daß der Senat das Wort der Kammer abwarten und es auf keinen Fall zu einem Gegenstand zwischen sich und der Kammer kommen lassen will.

Die Präsidentschaftskandidaten.

Paris, 11. Juni.
Die Wahl des neuen Präsidenten der Republik wird jedenfalls am Freitag um 1 Uhr mittags in Versailles stattfinden. Morgen werden die Parteien der Mehrheit von Kammer und Senat eine Vorabstimmung vornehmen. Es fragt sich, ob das Kartell der Linken noch weitere Abgeordnete zu dieser Handlung zuziehen werde. Nach dem „Echo de Paris“ sollen alle die hinzugezogen werden, die dafür gestimmt haben, daß die Kandidatur des Kammerpräsidenten Poincaré angeklagen wird. Bis jetzt spricht man nur von dem Kandidatur Poincaré. Die Mitglieder der Mittelparteien halten auch die Kandidatur des Senatspräsidenten Doumergue für möglich. Einzelne sprechen auch von einem Kuffenseller. In Verbindung hiermit sind bereits zwei Namen genannt worden, die Senatoren Pams und René Renaud. Die Mitglieder des Kartells jedoch nehmen an, daß der einstimmige Kandidat der

Rechtsparteien Pams sein werde. Nach der Beratung führt bis zur Installierung des neuen Präsidenten der Republik und bis zur erfolgten Ernennung seines ersten Kabinetts das Ministerium Marjal die Geschäfte weiter. Das Kabinett hat also nur formell seine Demission eingebracht. Die tatsächliche Demission des Kabinetts kann erst erfolgen, wenn die Ernennung des Präsidenten der Republik vollzogen ist.

Keine Verfassungsänderung bei Ausföhrung der Sachverständigen Gutachten.

Berlin, 10. Juni.
Die das Kammer-Bureau von unterrichteter Seite erfährt, besteht kein Reichskabinett namentlich Einmütigkeit darüber, daß die in Ausführung der Sachverständigen Gutachten noch notwendig werdenden Änderungen keine Verfassungsänderung bedingen. Am schwierigsten seien die Frage, ob die Umwandlung der Eisenbahnen eine Verfassungsänderung nach sich ziehe. In dieser Frage liegt namentlich ein Gutachten des Reichsjustizministeriums vor, das in seinen Grundzügen anführt: Wenn schon in der Reichsverfassung die Eisenbahn als Reichseigentum bezeichnet wird, so handelt es sich bei der Ausföhrung der Sachverständigen Gutachten darum, die im Reichseigentum zu erhalten. Eine Verfassungsänderung läge erst dann vor, wenn neben dem Reich auch noch andere juristische Personen Unternehmer wären. Durch das Sachverständigen Gutachten wird die Eisenbahn lediglich in ein Aktienunternehmen umgewandelt. So lange das Reich die Aktien allein besitzt, ist die Reichsverfassung gewahrt, da die Reichsverfassung nicht vorschreibt, in welcher Form die Eisenbahn Eigentum des Reiches sein muß. In dem Vertrag muß lediglich bestimmt werden, daß es sich um Inhaberkarten handelt. Bei den anderen auf dem Wege der Gesetzgebung zu regelnden Materien liegen solche Schwierigkeiten überhaupt nicht vor. Nach dieser Klarstellung wird sich das Reichskabinett in seiner morgigen Sitzung mit der Frage beschäftigen, nach welcher Methode die Sachverständigen Gutachten in Übereinstimmung zu bringen sind.

Belgien läßt die politischen deutschen Gefangenen frei.

London, 11. Juni.
„Daily Telegraph“ beglückwünscht die Freilassung der politischen Gefangenen in der besetzten Zone und ist der Ansicht, man könne sich darauf verlassen, daß die kommende französische Regierung ein gleiches Verfahren verfolgen werde. Die britische Regierung werde Belgien für seine Haltung dankbar sein, die, wie man glaube, eine rasche Besserung in den Beziehungen zwischen den Alliierten und Deutschland zu bewirken werde.

Völkerverbundspolitik der französischen Linken.

L. J. Der Kampf der französischen Linken gegen die hergebrachten politischen Methoden kommt immer stärker zum Ausdruck. Georges Scelle, Professor für internationales Recht an der Universität Dijon, einer der einflussreichsten Vorkämpfer für eine europäische Einigung der französischen Politik, weiß im „Progrès Civique“ die neuen Wege, die die internationale Diplomatie unter die demokratische Kontrolle des Völkerverbundes stellen soll. Er macht die Geheimdiplomatie mit ihrem freudlosen Zutragen für den noch immer friedlosen Zustand Europas verantwortlich und schärfert schonungslos den Anteil Frankreichs an diesem Krieg in Frieden — dank der Herrschaft des Bloc National. Scelle führt auf: Seit 1919 haben in Frankreich zwei Richtungen miteinander gekämpft: die Richtung eines Wilson, der, wenn auch nicht klar, doch mit starkem Instinkt fühlte, daß die Zeit gekommen sei, die alten diplomatischen Methoden durch eine Völkerverbundpolitik zu ersetzen und die Richtung Clemenceau, die die Regelung des Weltkrieges nur als eine deutsch-französische Angelegenheit betrachtete, wie sie der Krieg von 1870/71 gewesen war. Diese überalterte Anschauung hat Poincaré ans Ruder gebracht; auch er erkannte nicht, daß eine Durchföhrung des Versailler Vertrages ein Ding der Unmöglichkeit, daß die Rettung Europas nur durch eine Solidarität von Siegern und Besiegten möglich sei. Unter Briand, der sich seinerseits sehr um gemeinsames Vorgehen mit England bemühte, hatte man in Frankreich einen wesentlichen Schritt getan im Sinne der europäischen Solidarität. Besonders in Cannes. Aber die reaktionäre Delegation Briand, die von Millerand und Poincaré geleitet wurde, brachte diesen mutigen Schritt gegen Deutschland zurück, die Alliierten vor den Kopf gestoßen. Erst als im vergangenen Jahr, durch die Ruhrbesetzung, begann man wieder mit den Alliierten drohte, begann man einzulernen. Aber das Unheil nahm seinen Lauf, der Frankfurter letzte ein und öffnete dem französischen Volk die Augen.

Wie Poincaré sagt, dann die Geheimdiplomatie mit allen Abwechslungen ein. Alle internationalen Konferenzen hätten auf die Arbeit des Völkerverbundes wurde künstlich erschwert, der Bruch mit Russland vertieft, die Föderation gegen Deutschland zerstört, die Alliierten vor den Kopf gestoßen. Erst als im vergangenen Jahr, durch die Ruhrbesetzung, begann man wieder mit den Alliierten drohte, begann man einzulernen. Aber das Unheil nahm seinen Lauf, der Frankfurter letzte ein und öffnete dem französischen Volk die Augen.

Für alle Völkerverbundpolitik war es zu spät. Am 11. Mai hat Frankreichs Volk mit seinen Vorkämpfern abgerechnet. Scelle betont, daß auch im Bloc National zahlreiche gute französische Patrioten sind — sie haben, wie auch Poincaré, nicht aus bösem Willen, sondern aus mangelndem Verständnis für die Forderungen einer neuen Zeit gefehlt. Sie sind nur-Franzosen gewesen, hypnotisiert durch Reparations- und Sicherheitsprobleme. Sie meinten, Deutschland könne 139 Milliarden zahlen, wie Frankreich 1871 5 Milliarden zahlte. Als ob man solche Summen von Land zu Land übertragen könnte, ohne das ganze Finanzsystem des Schulners zu ruinieren! Seit fünf Jahren, sagt Scelle, hat die französische Linke dauernd auf die finanzielle Seite des Versailler Vertrages hingewiesen und Vorschläge im Sinne des nun akzeptierten Expertenprogramms gemacht, dahingehend, Deutschland einen großen internationalen Kredit zu gewähren und es in die Lage zu setzen, einen Teil der öffentlichen Schuld seiner Gläubiger zu übernehmen. Vor fünf Jahren, als die deutschen Finanzen noch gut waren, wären solche Kredite durchaus möglich gewesen. Noch vor einem Jahre wollte die Bankierkommission Deutschlands 50 Milliarden Kredite gewähren, heute scheitert man sich, 10 Milliarden zu kredieren. Poincaré selbst hat während die Summe reduzieren müssen und ist letztlich auf 26 Milliarden heruntergegangen. Auch diese Summe ist fraglich. Die deutsche Mark hat dem französischen Franken nach sich gezogen. Deutsch-